



Dr. Stefan Kaufmann

13/2014
15.09.2014

Brief aus Berlin

CDU

Liebe Leserinnen und Leser,

nach einer wahlkampffreien, aber dennoch ereignisreichen Sommerzeit mit vielen Terminen im Wahlkreis haben wir am letzten Montag den Sitzungsbetrieb in Berlin wieder aufgenommen – mit einer aus Unions-sicht erfreulichen Haushaltswoche. Denn unser Versprechen aus Wahlprogramm und Koalitionsverhandlungen, möglichst zeitnah einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen, setzen wir bereits 2015 um. Das ist eine gute Nachricht! Besonders wichtig: Sparen und Investieren in die Zukunftsbereiche Bildung, Forschung und Infrastruktur schließen sich nicht aus. Ansonsten werden die Diskussionen in Berlin durch die außenpolitischen Herausforderungen beherrscht. Viel schneller als manchem lieb ist müssen wir in eine neue Rolle finden – und die Rahmenbedingungen einer aktiveren Außen- und Sicherheitspolitik bestimmen. Darüber hinaus müssen wir unsere Außen- und Sicherheitspolitik besser in die Bevölkerung hinein vermitteln – auch, um wachsenden Sorgen bei den Menschen zu begegnen. Ja, unsere Welt ist unruhiger geworden und die Bedrohungen für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung nehmen zu. Der Ruf nach einem wehrhaften Staat ist daher heute berechtigter denn je. Das heißt auch, innenpolitisch Grenzen aufzuzeigen – beispielsweise im Umgang mit Islamisten. Eines ist angesichts all dessen gewiss: Ein arbeitsreicher Herbst liegt vor uns.

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

Ihr

Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494

Fax: 030/227-76228

www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:

stefan.kaufmann@bundestag.de

Erster Haushaltsentwurf seit 1969 ohne Neuverschuldung

Berlin – Die viertägigen Beratungen des Haushalts bildeten nach der Sommerpause den Start in die zweite Hälfte des parlamentarischen Jahres. Den Höhepunkt der Haushaltsdebatte bildete dabei auch in diesem Jahr die traditionelle „Elefantenrunde“ – also die Generalausprache zur Regierungspolitik in der Debatte zum Kanzleramtsetat am Mittwoch, 10. September 2014. Die zentrale Nachricht zum Bundeshaushalt

2015: erstmals seit 1969 macht der Bund im nächsten Jahr keine neuen Schulden mehr – ein Meilenstein für mehr Generationengerechtigkeit. Das soll auch in den darauffolgenden Jahren so bleiben, das Wirtschaften auf Pump wollen wir beenden. „Was wir seit Jahren angestrebt haben, ist nun Realität“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Generaldebatte. Der Haushalt 2015 sei deshalb „ein ganz besonderer Haushalt“, er sei generationengerecht und sozial, investiere in die Zukunft unseres Landes und fördere damit Wachstum und Beschäftigung. „Wir können stolz sein, dass wir dieses Ziel erreicht haben“, sagte die Bundeskanzlerin mit Blick auf den ausgeglichenen Haushalt. Zugleich unterstrich sie, dass zur Erreichung dieses Ziels strikte Ausgabendisziplin erfor-

derlich sei. Solides Haushalten sei kein Selbstzweck, sondern schaffe die Voraussetzung für Handlungsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang verwies sie auch auf wichtige Erfolge der Reformpolitik einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten, zum Beispiel Spanien. Vom eingeschlagenen Reformkurs dür-

„Was wir seit Jahren angestrebt haben, ist nun Realität“

Bundeskanzlerin Angela Merkel

fe nun nicht abgewichen werden, dies berge sonst große Risiken für die weitere Erholung Europas von der Finanz- und Wirtschaftskrise. Als Beispiel für Möglichkeiten, die sich aus solidem Haushalten ergeben, nannte die Bundeskanzlerin eine aktive Begleitung des digitalen Wandels, den sie in seiner Bedeutung für die Wirtschaft verglich. Diese „technische Revolution in allen Lebensbereichen“ wolle die Bundesregierung mit der vom Kabinett beschlossenen „Digitalen Agenda“ politisch mitgestalten. Die Spitzenstellung der deutschen Forschungs- und Wissenschaftslandschaft sei „Erfolg und Ergebnis des konsequenten Bekenntnisses zu Bildung und Forschung in den letzten Jahren“, so die Kanzlerin. Seit 2005 sind die Ausgaben des Bundes für For-

schung und Entwicklung (ohne Bildung) um 60 Prozent gestiegen – auf nunmehr 14,4 Milliarden Euro pro Jahr. In dieser Legislaturperiode werde die Bundesregierung zusätzlich neun Milliarden für Bildung und Forschung zur Verfügung stellen, unter anderem für die neue Hightech-Strategie, deren Ausbau hin zu einer ressortübergreifenden Innovationsstrategie ich als Forschungspolitiker auch unterstütze. Es geht darum,

Wissenschaft und Wirtschaft zu vernetzen, also die Entwicklung und die Anwendung der Entwicklungsergebnisse stärker zu verzahnen. Als weitere Handlungsfelder skizzierte die Bundeskanzlerin die Erneuerung der Infrastruktur, insbesondere der Verkehrswege, für die in dieser Legislaturperiode fünf Milliarden Euro zusätzlich vorgesehen sind, die Bewältigung des demographischen Wandels und den Erhalt der sozialen Sicherheit.

Die wichtigsten Fragen zum Bundeshaushalt 2015 erklären die Haushaltsexperten meiner Fraktion in einem kurzen Video. Sie finden es hier: <http://bit.ly/1tMD06S>

Weitere Informationen über die Digitale Agenda finden Sie unter: www.digitale-agenda.de

Rede in der Haushaltsdebatte zum Bildungs- und Forschungsetat



Während meiner Rede im Plenum. © Deutscher Bundestag

Berlin – Am vergangenen Donnerstag habe ich in der

Debatte zum Bildungs- und Forschungsetat im Plenum gesprochen. Die drei zentralen Punkte aus meiner Sicht: 1. Die CDU steht verlässlich für steigende Bildungsausgaben – inzwischen über 15,5 Milliarden Euro pro Jahr. Das ist eine Verdopplung des Bildungs- und Forschungsetats seit unserer Regierungsübernahme 2005. 2. Das BAföG wird endlich reformiert,

der Bund übernimmt die vollständige Finanzverantwortung und entlastet die Länder um jährlich 1,17 Milliarden Euro. 3. Die Länder müssen ihre Zusage einhalten und die in ihren Haushalten freierwerdenden Mittel auch in ihre Schulen und Hochschulen stecken – und nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern missbrauchen. Die Rede finden Sie hier als Video: <http://dbtg.tv/fvid/3855636>

Brief aus Berlin

Unterstützung für Kurden im Nordirak



Bundeskanzlerin Angela Merkel während ihrer Regierungserklärung im Bundestag. © Tobias Koch

Berlin – Mit der Situation im Nordirak hat sich der Deutsche Bundestag in einer Sondersitzung am 1. September befasst. Vorausgegangen war eine Ministerrunde unter Vorsitz von Bundeskanzlerin Angela Merkel am Sonntag, die entschieden hatte, die Kurden für den Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat

(IS) mit Waffen aus Beständen der Bundeswehr auszurüsten. Demnach sollen die Kurden für ihren Kampf unter anderem Panzerabwehrraketen, Panzerfäuste und Gewehre erhalten. Die Lieferungen sollen in den kommenden Wochen beginnen.

Erste Ausrüstungsgegenstände wie Schutzwesten und Helme wurden bereits geliefert. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den Beschluss der Bundesregierung, die irakischen Kurden in ihrem Kampf gegen die IS mit Waffen zu unterstützen, in einer Regierungserklärung erläutert. Es gelte, die Not der Menschen nicht nur zu lindern,

sondern auch zu verhindern, sagte sie in der Sondersitzung des Bundestages. Im Mittelpunkt der deutschen Hilfen für den Irak stehe die humanitäre Hilfe. Die Millionen Flüchtlinge dürften in ihrem Leid nicht allein gelassen werden, wir müssten uns ihrer annehmen. So wurden bereits mehr als 150 Tonnen Hilfsgüter nach Erbil gebracht und über 50 Millionen Euro humanitärer Hilfe bereitgestellt oder zugesagt. Doch neben den humanitären Maßnahmen ist es notwendig, auch weitergehende umfassende Hilfe zu leisten. In der Fraktion sind wir uns einig, dass wir uns nicht einfach wegducken können. Es ist richtig, dass Deutschland in dieser Ausnahmesituation nach sorgfältiger Abwägung und in enger Abstimmung mit der irakischen Zentralregierung,

der kurdischen Regionalregierung und unseren internationalen Partnern Ausrüstung und Waffen liefert. Die Kämpfer der kurdischen Regionalregierung müssen in die Lage versetzt werden, gegen die IS bestehen zu können. In einem gemeinsamen Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen hat der Deutsche Bundestag die Pläne der Bundesregierung daher unterstützt. Die internationale Gemeinschaft bleibt weiterhin aufgerufen, alle notwendige humanitäre Hilfe zu leisten, um das Schicksal der unzähligen Flüchtlinge in der Region zu lindern.

Hier der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Abruf: <http://bit.ly/1nNmCNP>

Gedenkstunde aus Anlass des 75. Jahrestags des Beginns des Zweiten Weltkriegs



Staatspräsident Bronisław Komorowski während seiner Rede im Plenarsaal. © Deutscher Bundestag/Achim Melde.

Berlin – In einer Gedenkstunde hat der Bundestag am Mittwoch, 10. September, an den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren erinnert. Am 1. September 1939 überfielen deutsche Truppen Polen. Dies war der Auftakt eines mörderischen Weltkriegs, an dessen Ende Europa und wei-

te Teile der Welt in Trümmern lagen. Die nationalsozialistischen Verbrechen haben millionenfach unsägliches Leid gebracht. Mit der deutsch-französischen Aussöhnung, der Westintegration und der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und Europas nach dem Ende des Kalten Krieges haben wir in Europa die richtigen Lehren aus der Vergangenheit gezogen. In der Gedenkstunde sprach der polnische Staatspräsident Bronisław Komorowski als Gastredner. In seiner Rede erinnerte der Staatspräsident nicht nur an das Leid des Krieges, sondern beschrieb auch den schwierigen Weg der Aussöhnung zwischen Polen und Deutschland. Beide Länder könnten nach jenem

Trauma, das mit dem deutschen Überfall auf Polen begann, heute stolz sein auf eine „einmalige Geschichte der Versöhnung“. Das kann ich nur unterstreichen. Auch der aktuelle Konflikt in der Ukraine kam zur Sprache. Präsident Komorowski zeigte sich tief enttäuscht „über den russischen Weg zurück in alte Macht- und Einflussphären“. Durch den Angriff auf die Ukraine greife Russland die Fundamente einer demokratischen Gemeinschaft an, ihre Rechte und Werte, aber auch den fundamentalen Grundsatz einer zivilisierten Welt: das Prinzip der Achtung vor der Souveränität der Staaten. Was in der Ostukraine passiere, sei das Ergebnis der Angst des Kremls vor

einem Erfolg der demokratischen Modernisierung, „die wir sowohl der Ukraine als auch Russland selbst wünschen“. Niemand wünsche sich mehr als Polen, dass Russland sich als Freund des Westens verstehe. Bundestagspräsident Norbert Lammert sagte, die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen beweise, dass Frieden in Europa nur möglich sei, wenn die territoriale Integrität nicht mehr infrage gestellt werde – „eine Erkenntnis, um die auch in Deutschland lange, auch noch im Kontext der Wiedervereinigung und der deutsch-polnischen Grenze, gerungen wurde. Diese Erkenntnis ist im heutigen Europa aktueller denn je“.

Praktikum im hohen Hause

Berlin – Im September absolvierte Greta Windler in meinem Berliner Büro ein Praktikum. Sie kommt aus Niedersachsen und studiert im 4.

Semester Jura an der LMU München. Frau Windler begleitete mich zur Arbeitsgruppe Bildung und Forschung und besuchte Debat-

ten im Plenarsaal. Im Rahmen des Praktikantenprogramms der CDU/CSU nahm sie außerdem an einer Bundespressekonferenz teil, be-

suchte das ARD-Hauptstadtstudio und führte ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Innenausschusses Wolfgang Bosbach.

Brief aus Berlin

CDU

Besuch der Kinderspielstadt Stutengarten

Stuttgart – Wie jedes Jahr habe ich auch in diesem Jahr zum Ende der Ferienzeit die Kinderspielstadt „Stutengarten“ im Alten Reitstadion in Bad Cannstatt besucht. Stutengarten bietet in 3 Ferienwochen je 500 Kindern ein wirklich tolles Ferienangebot, in dem eine Stadt im Kleinen nachgespielt wird. Auf dem Bild werde ich gerade von den Redakteuren der



von echten Firmen gesponsert und zum Teil auch von Auszubildenden der Firmen betreut (z.B. bei der LBBW oder der Allianz). Ein dickes Lob an die Stuttgarter Jugendhaus gGmbH für Idee um Umsetzung – und an die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer!

„Stutengarten Nachrichten“ interviewt. Das Besondere: Die Banken, Geschäfte, Ärzte etc. werden

Forschung und Entwicklung in Kleinunternehmen



Stuttgart – Der Geschäftsführer der Firma Ribler, Franz-Josef Landen, weiß, dass auch kleine Unternehmen immer mehr Geld in Forschung und Entwicklung stecken müssen und dafür auf externe Finanzierung angewiesen sind.

Gemeinsam mit Thomas Strobl, Rainer Wieland, Reinhard Löffler und weiteren Experten aus Unternehmen, von der IHK Region Stuttgart, der MIT und dem Steinbeis-Europazentrum haben wir am Sitz der Firma Ribler in Stuttgart-Möhringen beraten, wie die Politik unterstützen kann. Auch weitere Probleme und Chancen kleiner und mittlerer Unternehmen waren unsere Gesprächsthemen. Vielen Dank an alle Gesprächsteilnehmer und an Franz-Josef Landen, der bei dieser Gelegenheit gleich CDU-Mitglied wurde.

Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Stuttgart – Im Rahmen einer Feierstunde erinnerte die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge und der Bund der Vertriebenen an die Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am 5. August 1950 in Stuttgart. Sehr gerne habe ich mich mit rund 150 Teilnehmern an der Gedenktafel vor dem Neuen Schloss zusammengefunden. Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, mein



Kollege Hartmut Koschyk, hielt eine sehr gute Festrede, in der er auch an den ehemaligen Stuttgarter CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Czaja – langjähriger Präsident des Bundes der Vertriebenen – erinnerte, der in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden wäre. Die Bläsergruppe Feuerbach umrahmte die Feierstunde musikalisch. Ein sehr würdiges Gedenken bei schönem Wetter am zentralen Platz in Stuttgart.

Aktion „Praxis für Politik“

Stuttgart – Im Rahmen der Aktion „Praxis für Politik“ des Bundesverbandes der Dienstleistungswirtschaft habe ich in diesem Jahr sehr gerne den Garten- und Landschaftsbaubetrieb Seidenspinner in Stuttgart-Möhringen besucht. Zusammen mit dem Vorstandsvorsitzenden des Verbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Baden-Württemberg, Thomas Heumann, und dem Geschäftsführer des Verbandes Reiner Bierig sprachen Sonja und Hans-Jörg Seidenspinner mit mir über die Chancen und Probleme der Branche. So wurden unter anderem die Themen Landesgartenschauen, die Zukunft der Staatsschule für Gartenbau in



Stuttgart Hohenheim, die Änderung des Gemeindegewirtschaftsrechts in Baden-Württemberg sowie die geplante EU-Richtlinie für Rußpartikelfilter im Garten- und Landschaftsbau angesprochen. Bei einer anschließenden Baustellenbesuche im Römerkastell konnte ich schließlich praxisnahe Eindrücke vom Arbeitsalltag eines Landschaftsgärtners sammeln. Der Garten- und Landschaftsbau ist und bleibt eine Branche mit Zukunft. Die Firma Seidenspinner beschäftigt übrigens über 120 Mitarbeiter und engagiert sich seit der Unternehmensgründung vor exakt 50 Jahren vorbildlich in Sachen Ausbildung. Kompliment!

Zukunft der Gartenbauschule

Stuttgart – Im Rahmen eines Sommerinterviews habe ich mit dem Agrarjournalist Daniel Haupt über ein breites Themenspektrum diskutiert. Die CDU setzt sich dafür ein, dass Selbstständige sowie kleine und mittlere Unternehmen gerade im ländlichen Raum nicht zusätzlich durch höhere Steuern und Abgaben belastet werden. Als Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Stuttgart sehe ich dabei Ballungsräume und den ländlichen Raum als zwei gleichwertige

wichtige Stützen von Gesellschaft und Wirtschaft an. Ein schwieriges Thema ist das Gerangel zwischen Stadt und Land um den zukünftigen Standort der Gartenbauschule in Stuttgart-Hohenheim. Wir machen uns dafür stark, dass in Hohenheim die gesamte Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft verbleibt und dort erweitert und modernisiert wird. Entsprechend hatte sich auch die CDU-Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat unlängst positioniert.

Begeisterung im Summer Science Camp



Im Gespräch mit Sieghard Kelle

Stuttgart – Ein tolles neues Ferienangebot für Kinder habe ich zusammen mit dem Geschäftsführer der Stuttgarter Jugendhausgesell-

schaft, Sieghard Kelle, besucht: das Summer Science Camp in der Carl-Benz-Arena in Bad Cannstatt. Ich war wirklich begeistert von diesem neuen Format für 3 x 200 Kinder, die je eine Woche lang spielerisch in die Bereiche Robotik, Elektronik, Mobilität und Klima eintauchen können. Die Begeisterung war spürbar. Dazu tragen die zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer wesentlich bei.